

## „Die Krankenversicherung muß vor Überlastung geschützt werden“

Es gebe keinen zwingenden Grund, den Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttosozialprodukt zu erhöhen, eine allgemeine Erweiterung der Ausgaben lasse keine Verbesserung des Versorgungsniveaus erwarten, erklärte Ministerialdirektor Albert Holler auf einem Seminar vor Pharma-Managern in Bonn.

Holler erkannte zwar einen möglicherweise steigenden Leistungsbedarf aufgrund demographischer oder medizinischer Veränderungen an, nach seiner Auffassung muß er aber durch Ausschöpfung von Rationalisierungsreserven und allgemein eine bessere Verteilung der begrenzten Geldmittel finanziert werden.

Rationalisierungsreserven sieht Holler, der im Bundesarbeitsministerium seit 1977 die Abteilung „Gesundheit und Krankenversicherung“ leitet, stationär im Bettenabbau und ambulant in einer besseren Qualifizierung der Ärzte („einschließlich der Allgemeinmedizin“).

Holler deutete auch Überlegungen für eine Umverteilung der Mittel an, die für die gesetzliche Krankenversicherung zur Verfügung stehen. Die gesetzliche Krankenversicherung müsse vor Überlastung geschützt werden. Steigender Leistungsbedarf könne nicht mehr voll über das System finanziert werden. Vielmehr müßten Prioritäten gesetzt werden („nach der Schwere der Krankheit, auch hinsichtlich der sozialen Absicherung“).

Holler verteidigte vor den Pharma-Managern auch die „Ausgrenzung“ von Leistungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung und deutete an, daß es nicht allein bei der Ausgrenzung von sogenannten „Bagatellarzneimitteln“ bleiben wird. Die Negativliste für

Arzneimittel bezeichnete er als einen Versuch, bei dem es nun mal nicht ohne Schrammen abgehe.

Eine Positivliste lehnte Holler ab. Einen solchen Vorschlag hatten die Ersatzkassen-Verbände und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft vorgelegt und damit die Forderung verbunden, Einfluß auf die Preisgestaltung der Pharma-Industrie zu nehmen.

Holler: „Ich halte von verbandlicher Preisaushandlung nichts, das ist ordnungspolitisch verfehlt.“ Niedrige Preise verspreche weit eher ein unter Wettbewerbsdruck stehender Markt. NJ

## BFB gewann Prozeß gegen „Deutsche Heilpraktiker e. V.“

Am 25. Juli 1983 hat das Amtsgericht Bonn seine Entscheidung verkündet: Der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) ist *nicht* verpflichtet, die „Deutsche Heilpraktiker e. V.“ als Mitgliedsverband aufzunehmen.

Nachdem auch die ordentliche Mitgliederversammlung des BFB 1982 die Aufnahme des Verbandes der Heilpraktiker mit überwältigender Mehrheit abgelehnt hatte, war die „Deutsche Heilpraktiker e. V.“ vor Gericht gegangen und wollte auf dem Rechtswege die Aufnahme in den BFB erzwingen. Dieses Ansinnen hat das Amtsgericht Bonn nun abgewiesen.

Tenor der Begründung: Der Bundesverband der Freien Berufe ist zwar der bedeutendste Verband der Freien Berufe in der Bundesrepublik Deutschland und deren klassische Vertretung, aber es gibt noch einige andere Verbände, die die gleichen politischen Anliegen vertreten. Somit ist der BFB nicht der einzige für die Interessenvertretung der Heilpraktiker mögliche Verband und damit nicht zur Aufnahme verpflichtet. WZ

## Qualitätskontrolle in der Röntgendiagnostik: ein Symposium

Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbH, München, veranstaltet gemeinsam mit der Deutschen Röntgengesellschaft e. V. (Ausschuß für Qualitätskriterien) und der Gesellschaft für Medizinische Physik am 14. und 15. Oktober in der Medizinischen Hochschule Hannover ein *Symposium über Qualitätskontrolle in der Röntgendiagnostik*.

Eine fachgerechte Behandlung von Erkrankungen verlangt eine rechtzeitige umfassende Diagnostik, um die Ursache der Erkrankung erkennen zu können. Hierbei spielt nach wie vor die Diagnostik mit Röntgenstrahlen eine entscheidende Rolle. Die Qualität einer Röntgenuntersuchung wird in weiten Grenzen durch die Auswahlkriterien zur Untersuchung, die für die einzelne Erkrankung richtige Untersuchungsmethodik und die angewandte Technik der Bilderzeugung und Bildwiedergabe bestimmt.

Erhebungen in verschiedenen Ländern haben besonders im letzten Jahrzehnt gezeigt, daß die zur Untersuchung aufzuwendende Strahlendosis, bedingt durch die Auswahl der bildgebenden Verfahren, der technischen Ausführung und der Technik der Bildverarbeitung in weiten Grenzen schwankt.

Es wird deshalb von zahlreichen Experten gefordert, die technischen Untersuchungsbedingungen zu optimieren, d. h. ein Bild zu erzeugen, das die für das jeweilige Krankheitsbild erforderlichen Einzelheiten erkennbar macht und gleichzeitig die zur Erzeugung erforderliche Strahlendosis auf die geringstmöglichen Werte reduziert. Dieser Optimierungsprozeß erfordert, wie erst kürzlich wieder von der Weltgesundheitsorganisation und anderen mit dem Strahlenschutz befaßten internationa-

NACHRICHTEN

len Organisationen betont wurde, eine in regelmäßigen Abständen durchzuführende Kontrolle der Bildqualität durch die diese bestimmenden Faktoren, wie Erkennbarkeit und Strahlendosis.

Ziel dieses Symposiums ist es, die derzeit bekannten Methoden der Qualitätskontrolle hinsichtlich ihrer Durchführbarkeit, Zuverlässigkeit, der Toleranzbereiche und der mit den einzelnen Methoden verbundenen Kosten zu diskutieren, um die Methoden empfehlen zu können, die für eine Überprüfung der Anlage bei geringstmöglichem Zeitaufwand und ohne zusätzliche Kosten geeignet sind.

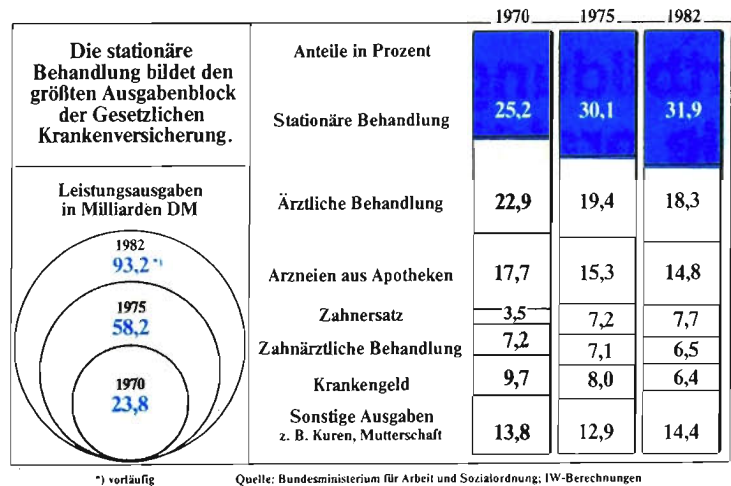
Angestrebtes Ziel: Die Aussagefähigkeit radiologischer Untersuchungsmethoden soll verbessert werden, nutzlose Untersuchungen sollen vermieden, die Strahlenexposition soll so niedrig gehalten werden, wie es unter wirtschaftlichen und sozialen Faktoren erreichbar ist.

► Auskünfte über das Symposium erfolgen durch das Symposiumssekretariat Prof. Dr. med. F.-E. Stieve, Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbH, Ingolstädter Landstraße 1, 8042 Neuherberg bei München. WZ

### Wieder Preisstillstand bei Arzneimitteln

Zum ersten Mal in diesem Jahr sind im Juni die Arzneimittelpreise in der Bundesrepublik nicht weiter gestiegen. Während im Januar der Preisanstieg gegenüber dem Vormonat 1,4 Prozent und in den folgenden Monaten jeweils 0,3 bzw. 0,2 Prozent betrug, verzeichnet der „GKV-Arzneimittelindex“ für den Monat Juni 1983 gegenüber dem Mai des gleichen Jahres keine Erhöhung der Arzneimittelpreise. Allerdings waren die Preise für Arzneimittel im Juni dieses Jahres um 5,6 Prozent höher als im Vergleichsmonat des vergangenen Jahres. BdO

## Ausgaben-Schwerpunkt Krankenhaus



Die finanzielle Lage der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) hat sich deutlich entspannt: Nach einem vergleichsweise geringen Ausgabenanstieg in 1982 hat sich der günstige Trend auch im ersten Quartal 1983 fortgesetzt. Wie das arbeitgebernahe Institut der Deutschen Wirtschaft (iwd), Köln, aufgrund der jetzt vorliegenden vorläufigen statistischen Ergebnisse der Krankenkassenverbände meldet, sind die Leistungsausgaben der Krankenkassen 1982 um lediglich 0,8 Prozent je Mitglied gestiegen. Demgegenüber nahm die Grundlohnsumme der beitragspflichtigen Mitglieder um 4,3 Prozent je

Mitglied zu. Die gesamten Leistungsausgaben der Krankenkassen im ersten Quartal 1983 nahmen gegenüber dem vorjährigen Vergleichszeitraum nur noch um 1,1 Prozent pro Mitglied zu. Im einzelnen registrierten die Krankenkassen im ersten Quartal 1983 folgende Veränderungen: Ärzte: + 1,5, Zahnärzte: + 0,11, Zahnersatz: - 20,34, Apotheken: + 8,43, Heil- und Hilfsmittel: + 2,75, Krankenhäuser: + 4,4 und Krankengeld: - 6,58 Prozent. Die Grundlohnsumme erhöhte sich im Vergleichszeitraum um 3,75, und die Beitragseinnahmen der Krankenkassen wuchsen um 3,09 Prozent. EB

### Krankenversicherung: Kostenbremsen greifen

